Der „Briesetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 40 Mark, monatlich 0 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 0 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die sechsgespaltene Petitzeile kostet 0 Pfennig, die Reklamezeile 50 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für ehem. Hofjagdrevier. Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

lleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 76. | Postscheck-Konto: Berlin 62 448 | Dienstag, den 3. Juli 1923 | Postscheck-Konto Berlin 62448. | 22. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Zugelaufen ein Hund. Derselbe soll im Termin am Diens- den 3. Juni 1923, vorm. 10 Uhr, im Zimmer 6 des hiesigen hauses öffentlich meistbietend versteigert werden. Rechte an den bezeichneten Hund sind bis zum Termin im Zimmer 15 des hauses geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist wird ge- § 9 und § 9a der Dienstanweisung vom 22. Oktober 1899 . die polizeiliche Behandlung der Fundsachen verfahren.

Auf Grund der §§ 105 b Abs. 1 und 41 b der R. G. O. ne ich in Abänderung der Bestimmung zu Buchstabe e Abs. 1 Bekanntmachung vom 21. März 1895 — Amtsbl. S. 111 — mit an, daß in den zum Bezirk der Barbier-, Friseur- und rückenmacherinnung zu Oranienburg und Umgebung gehörigen schaften der Betrieb der Friseurgeschäfte an den drei zweiten ertagen zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten vollständig ruht

Potsdam, den 1. Juni 1923.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht.

Der Innungsbezirk umfaßt die Ortschaften: Oranienburg, hsenhausen, Teschendorf, Malz, Zehlendorf, Wensickendorf, enwalde, Klosterfelde, Mühlenbeck, Schmachtenhagen, Stolpe, en Neuendorf, Birkenwerder und Germendorf.

Birkenwerder, den 2. Juli 1923.

Der Amtsvorsteher. Jung.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Gemeindevertretersitzung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Gegenstände werden Mitglieder der Gemeinde-Vertretung zu einer Sitzung auf tag, den 6. Juli 1923, abends 8½ Uhr in der Gemeindeschule, nit unter der Verwahrung vorgeladen, daß die Ausbleibenden ie Beschlüsse der im Termin Anwesenden gebunden sind.

Tagesordnung:

Entgegennahme von Straßenland.
Rückzahlung von Anleihen.
Niederschlagung von Straßenbaukosten.
Antrag auf Durchlegung einer Straße.
Wahl eines Beisitzers zum Wohnungsamt.
Wahl eines Schlichtungsausschusses für Mietsstreitigkeiten.
Erhöhung der Feuerversicherung für die Gemeindegrundstücke.
Verschiedenes.

Bergfelde, den 2. Juli 1923.

Der Gemeindevorsteher. Graeber

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Gemeinde-Vertreter-Sitzung.

Am Montag, den 2. Juli d. Js., abends 7 Uhr, in dem Sitzungssaale, Berlinerstr. 39, eine Sitzung der einde-Vertretung statt.

Die Herren Schöffen und Gemeindeverordneten werden hier- dem Bemerken ergebenst eingeladen, daß die Nichtanwesenden en gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

chmalige Verlesung der letzten Sitzungsniederschriften.
nderung der Besoldungsordnung der Beamten.
willigung eines Zuschusses für die Ziegenbockhaltung.
sammenlegung der Schlichtungsstelle mit der Wohnungs- mmission.
prechung für die Kartoffelversorgung für 1923-24.
atung des Voranschlages 1923.

In nichtöffentlicher Sitzung:

prechung der Grundwasserfrage.

Bekanntmachung;

effend Aenderung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn vom 1. Juli 1923 ab.

Laut Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen 1. Juni 1923 treten vom 1. Juli 1923 ab folgende Vor- n über den Steuerabzug für den nach dem 30. Juni 1923 ten und fällig gewordenen Arbeitslohn in Kraft. Der ein- ltende Steuerbetrag von 10 v. H. des Arbeitslohnes (Geld- atural- oder Sachbezüge) ermäßigt sich:

lle der Zahlung des tslohnes für volle	Monate	Wochen	Tage	oder für je 2 angefang. oder volle Stunden
den Arbeitnehmer t und für seine Ehe- um je	6000 M.	1440 M.	240 M.	60 M.
edes minderjährige (über 17 Jahre alte er, die selbst Arbeit- er sind, scheiden ei aus) oder jeden losen Angehörigen e	40000 M.	9600 M.	1600 M.	400 M.
bgeltung der nach Absatz 1 Nr. 1—7 t. Ges. zulässigen ge (insbesondere ungskosten) um	50000 M.	12000 M.	2000 M.	500 M.

uf Antrag ist eine Erhöhung des Werbungskostenpausch- zulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm 13 Abs. 1 Nr. 1—7 Einkommensteuergesetzes zustehenden den Betrag von monatlich 500 000 Mark um mindestens 50 000 Mark monatlich übersteigen. Ueber diesen Antrag entscheidet das Finanzamt.

Berlin NW. 40, den 23. Juni 1923.

Landesfinanzamt Brandenburg,
Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.

Kurze Nachrichten.

— Der Reichspräsident hat durch Vermittlung des deutschen Gesandten in Bern von der Schweizerisch-deutschen Hilfskommission 35 000 Franken erhalten zur Linderung der Notlage der deutschen Kleinkinderfürsorgeanstalten.

— Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, soll der Ausdruck Fürsorgezögling im amtlichen Sprachgebrauch der Justizbehörden nicht mehr angewandt werden.

— Durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums werden die Eichgebühren auf das 4500fache der Vorkriegssätze erhöht werden.

— Der große Kampf im Fußballspiel Deutschland—Schweden, dem über 15 000 Zuschauer beiwohnten, endete mit 2:1 zugunsten Schwedens. In der ersten Halbzeit stand das Spiel mit 1:0 zugunsten Deutschlands.

— Der mecklenburgische Staatsminister Asch ist wegen persönlicher Angriffe, die in öffentlicher Landtagssitzung gegen ihn erhoben waren, zurückgetreten. Man hatte Asch vorgeworfen, daß er sich an der von ihm zur Zeichnung aufgelegten Roggenanleihe selbst beteiligt habe.

— Der sächsische Landtag lehnte mit 48 Stimmen der Sozialisten und Kommunisten gegen 45 Stimmen der bürgerlichen Parteien die Mißtrauensanträge gegen den Ministerpräsidenten Zeigner wegen seiner Rede in Niederplanitz ab.

— Die französischen Besatzungsbehörden haben eine Anordnung folgenden Inhalts erlassen: In Anbetracht der in letzter Zeit gegen die Wachen und Patrouillen verübten Attentate wird eine Zone von 200 Meter rechts und links der Schienenwege und der bewachten Kanäle für den Verkehr zwischen 8 Uhr abends und 5½ Uhr morgens vollständig gesperrt. Die Wachen und Patrouillen werden auf jede Person schießen, selbst auf solche, die in Häusern, die innerhalb der verbotenen Zone liegen, wohnen, wenn sie nicht auf den ersten Anruf stehen bleiben und die Hände erheben. Das Verbot tritt am 30. Juni abends in Kraft.

— Das Mainzer Kriegsgericht verurteilte in seiner Sitzung, die Mittwoch abend 7.30 Uhr zu Ende ging, sieben Deutsche wegen Eisenbahnsabotageakten zum Tode.

— Dem „Mannheimer Generalanzeiger“ zufolge teilte der französische Bezirksdelegierte dem Vorsitzenden des Kreises Pfalz der deutschen Turnerschaft, Plattmann, und dem Reichstagsabgeordneten Hofmann (Ludwigshafen) mit, daß den pfälzischen Turnern die Teilnahme an dem deutschen Turnfest in München untersagt werde, da es sich bei dem Fest um eine Manifestation handle. Ueber die Teilnehmer würden Sanktionen verhängt werden.

— Belgische Soldaten holten General Godley, Oberbefehlshaber der englischen Rheinarmee, der sich auf einer Reise von Köln nach London befand, aus einem Schlafwagen heraus und durchsuchten sein Gepäck.

— Am 23. Juni raubten die Franzosen aus der Reichsbanknebenstelle Oberhausen 2 844 Millionen Mark. Die Gesamtsumme der der Reichsbank im Ruhrgebiet entwendeten Beträge steigt hiermit auf 190 Milliarden Mark.

— Polen erkennt für den Durchgangsverkehr in Ostpreußen die Freifahrtkarten der Mitglieder deutscher Parlamente nicht mehr als gültige Fahrtausweise an. Die Abgeordneten müssen daher von jetzt ab für die polnischen Strecken jeweilig gültige Fahrkarten gegen Bezahlung lösen.

— Wie aus Danzig berichtet wird, ist die kommunistische Fraktion des Danziger Landtages zur sozialdemokratischen Fraktion übergetreten.

— Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich hat weiter abgenommen. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen dürfte bereits weniger als 100 000 betragen.

— Kronprinz Gustav Adolf von Schweden hat sich in London mit Lady Louise Mountbatten verlobt. Die Braut ist eine Tochter des Prinzen Ludwig von Battenberg und seiner Gemahlin, geb. Prinzessin Viktoria von Hessen. Der Kronprinz war in erster Ehe mit einer Prinzessin von Connaught vermählt, die am 1. Mai 1920 gestorben ist.

Bestellungen auf unsere Zeitung für den Monat Juli nehmen noch alle Postämter sowie die Briefträger täglich entgegen. — Bereits erschienene Nummern werden auf Wunsch nachgeliefert!

Senatsdebatte über die Ruhrbesetzung.

Der Senat verhandelte über die Besetzungskosten im Ruhrgebiet. Der Generalberichterstatter der Finanzkommission Béranger betonte in seiner Ansprache, daß die Ruhrbesetzung mit Zustimmung des französischen Parlamentes erfolgt sei und fügte hinzu, daß die Regierung dieses Unternehmens in friedlichstem Geiste (!!) und ohne den Gedanken an eine Annexion durchgeführt habe. Die für die Besetzung notwendigen Kredite belaufen sich auf 307 Millionen Frank, eine Summe, die von der Regierung in einer vereinigten Sitzung des Finanzausschusses und des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten begründet wurde. Die bisher eingezogenen Barbeträge belaufen sich auf 67 Millionen, außerdem sind Industrieerzeugnisse wie Kohlen und Farbstoffe im Gesamtwerte von 296 336 500 Frank beschlagnahmt worden. Unter Einreihung noch weiterer Erträgnisse ergebe sich eine Gesamtsumme von mehr als 400 Millionen, also ein Betrag, der höher sei als die Ausgaben für die Besetzung. Poincaree, der nach diesem Redner das Wort nahm, führte u. a. aus: „Warum wir das Ruhrgebiet besetzten und nicht irgendeinen anderen Teil Deutschlands? Weil die Ruhr, wie Herr Bonar Law einmal sagte, die Schlagader Deutschlands ist, weil sie den Geldschrank unseres Schuldners bedeutet, aus dem dieser all seine Reichtümer bezieht. Diese Besetzung ist nicht als eine kriegerische (?) Kundgebung erfolgt. Weit gefehlt! Sie hatte nur einen Zweck, nämlich den Wunsch einer Zusammenarbeit mit Deutschland (!) zum Zwecke der Kohlenlieferung, die man uns schuldet. Die Industriellen haben das verstanden und waren bereit, mit uns zusammenzuarbeiten. Die Reichsregierung fuhr jedoch dazwischen und verlangte den Widerstand. Dieser passive Widerstand ist in Wirklichkeit der aktivste Widerstand, den es geben kann, und dieser war nur möglich infolge von Verordnungen und Erlassen, die die Berliner Regierung herausgegeben hat. Unsere Nation, die den Sieg errungen hat, hat nicht die Absicht, auf ihren Sieg zu verzichten. Sie wird ihren Willen dem Willen des Besiegten, der seine Niederlage nicht anerkennen will, entgegenstellen. Wir haben uns überall an die Stelle der deutschen Verwaltung gesetzt. Deutschland ist in einer verzweifelten Lage. Es rechnet mit einem Wunder, um aus dieser herauszukommen. Man hofft in Deutschland auf eine Intervention bei unseren Verbündeten, darin erwartet es sein Heil. Es hofft auf unsere Entmutigung, auf unsere Ermüdung. Es irrt sich aber schwer. Wir haben unsere wesentlichsten Absichten bekannt gemacht und werden diese nicht ändern. Poincaree schloß mit den Worten: Wir haben keinen imperialistischen Ehrgeiz. (??) Wir wollen die Ruhr nicht beschlagnahmen. Aber wir werden sie *solange* behalten, bis Deutschland seine Schulden bezahlt hat. (Angenehme Aussichten. Red.). — Die Rede fand den einstimmigen Beifall der ganzen Versammlung und Poincaree wurde beim Verlassen der Tribüne eine Ovation dargebracht.

Französische Soldatenmeutereien?

Die Meldungen über Meutereien in der französischen Besatzungsarmee mehren sich. Aus Lünen wird gemeldet, daß sich dort am 23. Juni ein französischer Soldatenrat gebildet hatte. Die Mitglieder desselben wurden verhaftet und abtransportiert. — In einer Wirtschaft in Huckarde kam es am 24. Juni zu einer Schlägerei zwischen französischen und elsässischen Soldaten. Die Elsässer wurden verhaftet und nach Mainz abtransportiert.

Sonderaktion Englands, Italiens und Amerikas?

Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, daß in englischen und amerikanischen Regierungskreisen der Brief des Papstes über die Reparationsfrage mit lebhafter Genugtuung aufgenommen wurde und als eine wertvolle politische und moralische Unterstützung des Standpunktes der angelsächsischen Länder betrachtet wird. Werde es sich als unmöglich herausstellen, zu einer Einigung mit Frankreich zu gelangen, so würden wahrscheinlich England, Italien und Amerika gemeinsam Deutschlands Zahlungsfähigkeit durch Sachverständige feststellen lassen.

Attentat auf die Duisburg-Hochfelder Rheinbrücke.

Der Agentur Havas wird aus Duisburg berichtet: Sonnabend nacht 2 Uhr explodierte auf der Linie Duisburg—Friemersheim in der belgischen Zone im Innern eines Wagens eines Urlauberzuges kurz nach der Ausfahrt aus Duisburg auf der Rheinbrücke eine Bombe. Der Wagen wurde vollkommen zertrümmert, neun belgische Soldaten wurden getötet und 25 schwer verletzt. Ein Wachtposten, der die Brücke bewachte, wurde durch ein Eisenstück getötet.

Wie dem W. T. B. hierzu von unterrichteter Seite aus dem Ruhrgebiet mitgeteilt wird, können bei diesem Vorfall irgendwelche Sabotage- oder Sprengungsakte von deutscher Seite nach Lage der Dinge nicht in Frage kommen, da die Eisenbahnbrücke unter militärischer Bewachung steht. Uebrigens soll nach einer späteren Duisburger Meldung der Agentur Havas das Unglück durch die Explosion eines Gasbehälters verursacht worden sein.

Aus Duisburg in Essen eintreffende Reisende berichten, daß Sonnabend nacht die große Rheinbrücke Duisburg—Hochfeld mit ungeheurem Krach in die Luft geflogen sei. Gerüchte sprechen davon, daß die Explosion in dem Augenblick erfolgte, als ein Zug der Besatzung die Brücke passierte. Der Versand der beschlagnahmten Ruhrkohlen aus dem Ruhrbezirk wurde von der Besatzung fast ausschließlich über die fragliche Brücke geleitet.

Zugreifen!

bevor die Preise weitersteigen.

Herren- u. Burschen-Anzüge, Mäntel und Gummi-Mäntel.

Modernste Form. Größte Auswahl. Billigste Preise.

Wilhelm Bindel, Berlin, Invalidenstr. 20,

1 Minute links vom Stettiner Bahnhof.